

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1915. Nr. 292.

Freitag, 25. Juni 1915.

Jahrgang 208.

Wegweiser für Halle und Herrnhut 2.20, durch die Post bezogen 3.00, für das Vierteljahr 10.00, halbjährlich 18.00, jährlich 34.00. — Druck- und Verlagsanstalt: Halle'sche Zeitung, Halle (Saale), Postfach 100. — Druck- und Verlagsanstalt: Halle'sche Zeitung, Halle (Saale), Postfach 100.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren für die halbjährliche Abnahme oder deren Rest für Halle und Herrnhut 20 Pfennig, außerhalb 30 Pfennig. — Abnahme am Ende des redaktionellen Zeits bis zum 10. d. M. Abgabegebühren bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Anzeigenvermittlern.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Weiniger Straße Nr. 61/62. Fernruf 8108. Fernruf der Geschäftsleitung 8110. Geschäftsleiter: Max Kubel, Halle (Saale).

Freitag, 25. Juni 1915.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 21. Fernruf Amt Berlin Nr. 6291. Druck und Verlag von Otto Ehrig, Halle (Saale).

Gefechte gegen die Nachhut der Russen bei Lemberg.

Ein starker italienischer Angriff bei Kl. Pall an der Kärntner Grenze abgewiesen. — Ein sozialdemokratischer Vorstoß im Abgeordnetenhaus.

Antwerpen — Lemberg.

Es ist ein weiter Weg von Antwerpen bis Lemberg. Auf diesem Wege liegt unendlich viel, was für immer der Welt- und Menschheitsgeschichte angehört. Uns und unseren Verbündeten zu Ehren und Ruhm, unseren Gegnern zur Unehre und hinfällig zum Verhängnis. Für die Zentralmächte sind Antwerpen und Lemberg, die beiden, nach ihrer Lage und ihren Zuständen, nach ihrer ganzen geschichtlichen Entwicklung und Stellung, nach ihrer Art und Umwelt außerordentlich verschiedenartigen Städte, für alle Zeit eng verbunden. Antwerpen, das „unwiedernehmbare“, sei nach einem überaus kurzen Widerstande, der nicht überdauern würde, wenn nicht der Fall von Antwerpen und Antwerpen vorhergegangen wäre. Mit Antwerpen von den Geschickern der Zivilisation aus der Hand gerungen, den sie als den wichtigsten und wertvollsten in ihre von langer Hand vorbereiteten Kriegspläne gegen Deutschland einrechnet hatten. Mit der Einnahme von Antwerpen war der letzte Nabel beiseite, der uns den näheren Zutritt zur Kanalflotte verbot. Mit dem Fall Antwerpens wurde auf unserer Westfront die Grundlage für die Stellung geschaffen, in der wir allen Angriffen der Franzosen und Engländer und ihrer farbigen Helferflotten widerhalten. Und nun neun Monate später Lemberg! Mit Lemberg kam keine feindliche Stadt und Festung in unsere Welt. Lemberg ist nicht bezwungen und erobert, es ist freit und wiedergewonnen. Aber die Bedeutung dieses Ereignisses, das wiederum ein mitwirkender Erfolg allerersten Ranges ist, ist kaum geringer als der Fall Antwerpens, der den Schlüssel zu Belgien in unsere Hand brachte. Wenn damals eine Belagerungsarmee frei wurde, so eilt jetzt nach herrlich vollkommener Befestigung die Befreiung Lembergs neuen Taten und man darf es wohl mit aller Zuversicht ausprechen, neuen Siegen zu. Wenn der Fall Antwerpens nahezu ganz Belgien uns zu Füßen legte, so bedeutet die Befreiung Lembergs die Säuberung Galiziens vom Feinde, der diese österreichische Provinz schon seit in seinen Mägen zu haben glaubte. Auch über Lemberg führt der Weg unsere und Österreich-Ungarns Truppen zu neuen militärischen Operationen, nimmere auf russischen Boden. Nimmere aber ist der Tag von Lemberg vielleicht der größte, als gewaltig, für uns siegreich, für den Gegner zum Teil vernichtende Schicksale vorangegangen sind und vielleicht noch bedeutendere Folgen in Aussicht stehen. Antwerpen steht am Anfang des herrlichen Ringens, in dem sich Deutschland seiner Feinde erwehrt, Lemberg bezeichnet das nahe Ende des einen unserer Gegner, und zwar desjenigen, der das Gute, was er von uns und durch uns geholt hat, mit schönstem Unbunt gelohnt hat. Aber beide, Antwerpen und Lemberg, sind die Freuden der kühnenproben Waffenbrüderschaft der deutschen und der österreichisch-ungarischen Völker. Vor Antwerpen haben die österreichischen Vorkämpfer ein fräftig und fräftig Waffentun mitgebracht, vor Lemberg haben deutsche Weite unter Waden die Entscheidung vorbereitet und herbeiführen sollen. So sind Antwerpen und Lemberg vor allem symbolisch für die unerlöschliche Bundesstreue, mit der Deutschland und Österreich-Ungarn bisher durch Blut und Tod, durch schweres Leid, aber immer in Ehren zusammengegangen sind. Beide werden in dieser innigsten und treuesten Gemeinschaft weitergehen, bis das Freiheits- und Friedenswerk, das der Menschheit ein Segen werden soll, zu glücklichem Ende geführt ist.

Die angebliche Festhaltung Dernburgs.

Stoholm, 24. Juni. „Aftonbladet“ meldet, daß der nordische Dampfer „Vergensford“ gestern in Kiruna freigegeben wurde, wo er zwölf Stunden lag. Dieser kurze Aufenthalt in Kiruna deutet darauf hin, daß es sich nur um die gewöhnliche Kriegsinvestition handelt. Die nordische Amerikaner hat keine besondere Mitteilung erhalten, daß Kolonialminister Dernburg an Bord gewesen wäre.

Frankösischer Anstich in Amerika.

W. L. B. Paris, 24. Juni. Die „Agence Havas“ meldet aus New-York: Zwischen dem Kaiser Morgan und dem Kaiser Reichardt in Paris wurde eine Vereinbarung

Der Bericht des Großen Hauptquartiers.

(Wiederholt, da nur in einem Teile der gestrigen Nachmittags-Ausgabe.)

Großes Hauptquartier, 24. Juni.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Am Ostrand der Lorettöhöhe warfen wir den Feind aus einem von ihm vor einigen Tagen eroberten Grabenfeld. Südlich von Souchez wurden die Kämpfe für uns erfolgreich fortgesetzt.

Die Labrynthstellung südlich von Reuville wurde gegen einen nachsich einrückenden starken Angriff in zähem Kampfe gehalten.

Auf den Waas höhen kam es zu weiteren erbitterten Zusammenstößen. Wir nahmen noch 150 Franzosen gefangen. Der Feind erlitt bei zwei schlagelagerten Angriffen starke Verluste.

Eine Unternehmung gegen die von uns getrennt genommene Höhe bei Van de Sant wiesen wir ab. Die Zahl der Gefangenen erhöhte sich um 50.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich Kurland an ließen die Russen bei einem von uns abgeschlagenen Angriff über 100 Gefangene zurück. Am Dmulew führte ein deutscher Vorstoß zur Fortnahme des Dorfes Kopaczko.

In Polen südlich der Weichsel wurden mehrere feindliche Angriffe zum Scheitern gebracht.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Arme des Generals v. Linington hat den Dniepr überschritten. Zwischen Kater, das vom Feinde noch gehalten wird, und Jaroslaw ist im heftigen Kampfe auf dem Nordufer. Inzwischen bis zur Gegend südlich von Lemberg und von Slesow wurde die Verfolgung fortgesetzt. Zwischen Noworosska und dem San bei Ilanow hat sich nichts Wesentliches ereignet.

Im San-Weichsel-Winkel sind die Russen bis hinter den San-Abchnitt zurückgegangen. Auch auf dem linken Weichselufer südlich von Nja weichen sie nach Norden aus.

(W. L. B.) Oberste Seeresleitung.

Der österreichische Generalkstabsbericht.

W. L. B. Wien, 24. Juni. Amtlich wird verlautbart: 24. Juni 1915:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die allgemeine Lage in Ostgalizien hat sich nicht geändert.

Deutlich und nordöstlich von Lemberg sind Kämpfe mit starken russischen Nachhut in Gange.

Am oberen Dniepr wurden Wiloslaw und Zhdaczow genommen. Flussabwärts letzter Stadt sind die verbündeten Truppen unter harten Kämpfen an mehreren Stellen auf das nördliche Dnieprufer vorgezogen.

Zwischen Weichsel und San setzte der Feind den Rückzug fort. Nördlich der Weichsel wurden russische Nachhut von die Kamienka zurückgeworfen. Drowice und Sandomir sind von unseren Truppen besetzt.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Kärntner Grenze wurde bei Kl. Pall ein Angriff starker italienischer Truppen abgewiesen. Sonst fanden an dieser Grenze und jener von Tirol nur Gefechtskämpfe statt.

Am Krainitzer herrschte Ruhe. Am Monzoner heftiger Gefechtskampf, Angriffe der Italiener bei Gradisca und Ronfalcone schloßerten.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

über die Ausgabe einer französischen Anleihe in Amerika getroffen. Die Anleihe soll durch amerikanische Eisenbahnkapitalisten erster Klasse, die in der Form von Morgan zu hinterlegen sind, sichergestellt werden. Man glaubt, der Betrag werde sich auf weniger als 215 Millionen Franken belaufen. Der Zinsfuß wird etwa 5 Prozent sein.

Zum Fall von Lemberg.

Lemberg unverfehrt geblieben.

Wien, 24. Juni. Am Laufe des gestrigen Abends sind an verschiedenen Wiener Stellen Privatnachrichten eingetroffen, daß der als sehr hart geschätzte Kampf um Lemberg die Stadt unverfehrt gelassen habe. Die Artilleriekämpfe haben sich von 5 Uhr bis 8 Uhr (Lemberg liegt im Tale) abgelehrt, und es war daher möglich, die geläufige Hauptstadt außerhalb der Gefechtszone zu lassen.

Eine Subdignation für Kaiser Franz Josef.

W. L. B. Wien, 24. Juni. Die patriotischen Kundgebungen wegen der Wiedereroberung Lembergs erreichten heute den Höhepunkt mit einer großartigen Subdignation, die dem allerblicklichen Monarchen dargebracht wurde. Am 9 Uhr vormittags fand im Hofraum des Hofburgpalastes ein vom Reichspräsidenten v. Hof geleiteter Dankgottesdienst statt. Als Vertreter des Kaisers erschien der Erzherzog-Thronfolger Karl Franz Josef, der heute aus Innsbruck eingetroffen war, mit der Erzherzogin Rita. Ferner wohnten den Gottesdienste alle hier weilenden Erzherzoge und Erzherzoginnen, die Hof- und Staatsministerträger, alle gemeinsamen und österreichischen Mitglieder, der Hofadel, Vertreter beider Häuser des Reichsrates, des Landtages, der Gemeinde, die Ämter der Generalität, die Vorkämpfer der verbündeten Mächte und ein überaus zahlreiches Publikum kam. Erzherzog Karl Franz Josef wurde auf der Fahrt zur Kirche von jubelnden Juraten begrüßt.

Am 11 Uhr vormittags fand eine erhebende Subdignation der Wiener Bevölkerung vor dem Kaiser im Schönbrunnener Schlosspark statt. Eine nach Hunderttausenden zählende Menschenmenge füllte das Zentrum des Parks, überaus viele genessende österreichisch-ungarische und reichsdeutsche Offiziere und Soldaten waren erschienen. Als der Kaiser, gefolgt vom Thronfolger und der Erzherzogin Rita, die ersten ältesten Sohn auf dem Arme trug, auf dem Balkon erschien, erhob sich nicht endenwollender Jubel. Bürgermeister Weisfacher richtete im Namen der Wiener Bevölkerung eine Ansprache an den Kaiser, worin er die Freude über die Wiedereroberung Lembergs, sowie die Zuversicht auf die baldige gänzliche Säuberung Galiziens vom Feinde ausdrückte. Er schloß mit einer Subdignation für den Monarchen. Musikpöbeln stimmten die Volkshymne an, die von der Menge mitgefangen wurde.

Der Kaiser dankte für die patriotische Subdignation, die ihn um so freudiger berührte, als sie der Widerhall der begeisterten Kundgebung sei, mit der die Bevölkerung die Wiedereroberung Lembergs begrüßt habe. Nicht nur mit Freude, sondern auch mit berechtigtem Stolz könnten die Einwohner Wiens auf diese bedeutende Waffentat blicken, an der ihre schon in früheren Kämpfen ruhmvoll bewährten Ehre wesentlichen Anteil hätten. Mit dankbarer Anerkennung gedachte der Monarch bei diesem Anlasse nenerlich des selbstlosen Opfermutes, mit der der in der Hauptstadt zurückgebliebene Teil der Bevölkerung die Sorgen und Mühseligkeiten dieser schweren Zeit ertrage und die Wunden des Krieges zu heilen besträbt sei. Der Kaiser sprach die Überzeugung aus, daß die Einwohner Wiens in dieser patriotischen Haltung bis zu dem Tage ausstehen würden, an dem, so Gott will, ein friedlicher und ehrenvoller Friede den Völkern dauernde Bürgerlichkeit für die Volkfahrt gesichert werde, deren Förderung die höchste Aufgabe seines Lebens bleibe. Die Ansprache des Kaisers entfiel, ungehörtener Jubel. Nicht endenwollende Hochrufe erklangen. Das Publikum stimmte die Volkshymne an und jubelte auf dem Erzherzogin Rita zu, welche mit dem Sohne auf dem Arme während der ganzen Subdignation auf dem Balkon gestanden hatte. Die Hochrufe erneuerten sich immer wieder, bis der Monarch und die Mitglieder des Kaiserhauses sich in die umgebenen Gemäcker begeben.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 24. Juni 1915.

Aus Regierungstische Dr. Delbrück, Dr. Frhr. v. Schorlemer, Dr. Renze, v. Roebell.
Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Köslitz eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Die Beratung des Berichtes der verstärkten Budgetkommission über die gemäß dem Antrage der Abg. g. g. Brück und Gessien von der kaiserlichen Staatsregierung eingehenden Auskünfte über wirtschaftliche Fragen um wurde fortgesetzt.

Der letzte Bericht bezieht sich auf die Verhältnisse Ostpreußens.

Die Kommission schlägt folgende Resolution vor:

Die königliche Staatsregierung wird unter voller Anerkennung ihrer Leistungen für den Wiederaufbau von Ostpreußen ersucht, auf die weitere wirtschaftliche Hebung der Provinz, insbesondere durch innere Kolonisation, Verbesserung der Verkehrsmittel und Elektrifizierung bedacht zu sein.

Sie wolle dem Hause der Abgeordneten in der nächsten Sitzung eine Übersicht darüber vorlegen.

1) ob und in welchem Umfange in der zerstörten Ostpreußen Verhandlungen mit den bisherigen Pächtern der Domänen über Aufhebung des Pachtvertrages geführt sind;

2) in welchem Umfange — im Verhältnis zur Gesamtfläche in der in Frage kommenden Landbeständen Domänen für die Zwecke der inneren Kolonisation zur Verfügung gestellt sind oder zur Verfügung gestellt werden sollen;

3) ob und in welchem Umfange der Versuch gemacht wird, in den betreffenden Landbestellen aus Privatgütern für die Zwecke der inneren Kolonisation zu erwerben.

Berichterstatter Abg. Freiherr v. Bellis (Freisinn.): Nach den bisherigen Mitteilungen sind in Ostpreußen etwa 300 Personen getötet oder schwer verletzt worden. Über 1000 Personen haben über die Hälfte Frauen und Kinder, und von den Müttern verlassene Kinder sind 24 Städte, etwa 600 Dörfer, ungefähr 300 Güter und über 30000 Gebäude. Zum Wiederaufbau werden nach schätzungsweise Schätzung rund 200 Millionen notwendig werden. Die Ausschöpfung der Vorkriegsbudgets durch Ansetzung zum Betrag von 125 Millionen Mark erreicht. Wir erwarten, daß das Reich die zum Wiederaufbau der Provinz erforderlichen Aufwendungen zurückstellt. Die preussische Regierung hat erklärt, dafür sorgen zu wollen, daß unbestimmt herum, ob vom Reich die Mittel zurückerhalten werden, volle Entschädigung geleistet wird. Die wirtschaftliche Hebung der Provinz wird insbesondere durch intensive innere Kolonisation, Verbesserung der Verkehrswege, Herstellung des sogenannten Ostland als ostpreussisches Grenzgebiet nach Thorn und durch Elektrifizierung erreicht werden. Die wirtschaftliche Hebung der Provinz Ostpreußen ist eine Kulturaufgabe für den ganzen Staat.

Was heute für Ostpreußen geschieht und nach geplant ist, ist der Kulturkampf des großen Königs bedenklich. Die Sorge des preussischen Staates und des preussischen Volkes für den Wiederaufbau der schwergeschädigten Provinz zeigt von einem so hohen Maße von sittlicher und wirtschaftlicher Betätigung (Sehr wahr!), daß daraus auch unser treuer Bundesgenosse das Vertrauen schöpfen kann, daß der preussische Staat und das preussische Volk gewillt sind, durchzubringen bis zum vollen Siege, der uns vor der Wiederkehr solcher Schädigungen dauernd schützt. (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Delbrück: In der Kommission ist eine erstezeitige Einigkeit zum Ausdruck gekommen, insbesondere in der Frage des Wiederaufbaues der Provinz Ostpreußen.

Der Provinz Ostpreußen. Diese Einigkeit zwischen Regierung und Volksvertretung berechtigt zu der Hoffnung, daß der Wiederaufbau der Provinz ein neues Ruhmesblatt in der inneren Entwicklung des preussischen Staates bedeuten wird. (Sehr wahr!) Wir haben so viel Hoffnungen, daß wir, während im Lande weiterer Herrsch, die Mehrheit haben ermühen und eine anständige Weisheit in das neue Grabmal herübernehmen können. Wir haben auch eine neuwertige Weisheit an Kartoffeln für das nächste Jahr, die nicht nur zur Stärkung des Brotgetreides, sondern auch als Futtermittel dienen können. Zwischen Regierung und Kommission herrsche auch volle Übereinstimmung darüber, daß grundsätzlich in nächsten Entschluß nach demjenigen Gebiete gewirtschaftet werden soll, wie in diesem. Wir wollen bleiben bei den Höchstpreisen, bei der Beschlagnahme, bei der Reglementierung und der Kontrolle des Ankaufs, nicht nur auf dem Gebiete des Brotgetreides, sondern auch bei den Futtermitteln. Über die Reorganisation der Brotgetreidegesellschaft werden neue Anordnungen des Bundesrats herauskommen, die geeignet sind, allen berechtigten Interessen, besonders auch der Konjunktur, gerecht zu werden. Wir wollen vor der Welt den Erfolg feststellen, den wir auf wirtschaftlichen Gebiete bisher errungen haben, und wir haben die Gewähr, daß wir mit dem gleichen Erfolg ein weiteres Jahr Krieg führen können. (Stoß!) Die Regierung hat Kritik nicht zu scheuen. Die Staatsregierung hat es mit Dankbarkeit und Freude begrüßt, daß es ihr in der Kommission möglich war, nicht nur die Gründe ihrer Handlungen darzulegen, sondern auch aus den Erörterungen Anregungen zu schöpfen für ein eventuelles Besserwerden. Die Verhandlungen der Kommission haben das Vertrauen der Ähnen und im Lande gestiftet. Sie werden auch einen großen Erfolg bringen, das deutsche Volk zu höheren und Ausdauer bis zum letzten Ziele: dem endgültigen Siege. (Beifall.)

Frhr. v. Mieme (Korff. Sp.): Namens meiner Parteifreunde kann ich erklären, daß wir mit den Ausführungen der Berichterstatter im allgemeinen einverstanden sind. Wir sind bereit, mitzuarbeiten, daß die Bundesländer, der schwer geprüften Provinz Ostpreußen geschehen können, geschieht, wird, daß bald neues Leben aus den Ruinen blühen möge. Auch wir sind der Ansicht, daß es eine Ehrenpflicht des Staates ist, für die Familien der Kriegsteilnehmer zu sorgen; wir müssen aber fordern, daß da, wo Mängel aufzutreten sind, diese so bald wie möglich

beseitigt werden, und daß die Unterhaltungen einen angemessenen Lebensunterhalt gewährleisten. Die Unterhaltungen dürfen nicht als Almosen gegeben werden. Der Krieg hat dem südlichen Sachse die schweren Folgen gebracht. Gerechtigkeit und Bestrafung müssen mitwirken, ihn vor schweren Schädigungen zu bewahren. (Zustimmung links.) Wir stimmen dem Vorschlage der Kommission in dieser Frage zu. Aus den Ausführungen des Vizepräsidenten des Staatsministeriums über die Kriegsgeldvergesellschaft geht hervor, daß wir vor vollzogener Laide leben, daß die Vertreter der einzelnen Bundesstaaten zu einer Vereinbarung gekommen sind. Wir müssen die Beschlüsse abwarten, um uns ein Urteil zu bilden.

Wir können mit unserer Anerkennung für die bisherigen Leistungen der Kriegsgeldvergesellschaft nicht zurückhalten. (Beifall links.) Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, daß künftig der preussische Staat als Vermittlungsstelle dienen soll. Wir sehen in diesem Gebiete eine bedeutliche Neuerung. Die neue Stiftung wird neue Schwierigkeiten und Reibungen bringen. Es handelt sich in der Frage der Brotvermehrung um Krieges um das Reich und seine Zukunft, und in allen diesen Fragen der Kriegswirtschaft muß der Reichsverband vorzuziehenden Leistungen hervorgehoben werden. (Zustimmung links.) Die Verhältnisse in Bayern sind anders als in Preußen. Sollen die kleinen Bundesstaaten bei Preußen bleiben? Wir müssen grundsätzliche Widerpruch erheben gegen eine Organisation, die sich entfernt von der Umfassung des ganzen Reichs. Die Ansicht des Reichsverbandes reicht nicht aus, um einheitlichen vorzuziehenden organischen Einflüssen vorzukommen zu begreifen. Wir sind damit einverstanden, daß die Landwirtschaft zur Wahrung der Kriegsgeldvergesellschaft ausgegangen wird; aber wir haben es für unbedenklich, daß die Entscheidung allein in die Hände des Produzenten gelegt werden soll.

Die Vertreter der Städte haben auf ihrer Sitzung den bestimmten Wunsch ausgesprochen, daß auch die Verbraucher ausreichend berücksichtigt werden und auf die Weitergestaltung der Dinge Einfluß haben. Es muß dem energisch entgegengetreten werden, daß sich einzelne unter geschickter Führung der Höchstpreisbestimmungen bereichern. Das deutsche Volk will die Lasten des Krieges auch weiter tragen. Es kann und muß verlangen, daß ihm nicht ohne Not Kosten auferlegt werden, damit einige wenige Erwerbstätige dabei einen Gewinn erzielen. (Sehr richtig!) Solche unerfreulichen Erscheinungen sind aus dem Gebiete der Kartoffelvermehrung zutage getreten. Es mag richtig sein, daß angehende Professoren und Lehrer der Nationalökonomie sich bei den Schätzungen getäuelt haben. Aber sie sind dabei von den Erhebungen ausgegangen, die die Regierung ange stellt hat. Die Bestandsaufnahmen waren unrichtig. In bezug auf die Auffüllung unseres Viehbestandes bin ich nicht so pessimistisch. Aus diesem Grunde treten wir auch für eine Berücksichtigung der Futtermittel ein. Gegen die Milchhöfen muß auf jeden Fall nach Kräften eingetreten werden. Wir wollen lebhaften Frieden, aber wir alle sind auch entschlossen auszuharren und durchzuhalten, komme, was kommen mag. Ich hoffe auch, daß der Sozialist Hugo Heinemann die Meinung der Mehrheit seiner Freunde ausgesprochen hat, als er ausführte, aus seines Deutschen Munde werde der Ruf: „Die Wassen nieder!“ kommen, ehe nicht die Gegner anerkannt haben, daß das deutsche Volk berechtigt ist, alle seine Freiheiten und wirtschaftlichen Rechte zu erhalten. (Zuruf des Abg. Liebknecht: Wir sind ganz anderer Ansicht.) Er wenigstens meint, daß er die Mehrheit seiner Parteien hinter sich hat. (Zuruf des Abg. Liebknecht: Abwarten!) Wir wollen die Einmütigkeit unseres Volkes aufrechterhalten. Das ist ein wesentliches Mittel, alle unsere Bestrebungen durchzuführen. (Zuruf des Abg. Liebknecht: Kapitalistische Bestrebungen!) Unruhe im Saule. Zurufe: Quatsch!) Dadurch schaffen wir uns reale Garantien, die uns gegen die allzuwillkürliche Überfälle für die Zukunft sichern. (Beifall.)

Abg. Braun (Soz.): Die Organisation der Volksernährung hat gute Früchte gezeitigt. Es wird möglich sein, auch im neuen Entschluß die Volksernährung sicherzustellen. Wir haben so den Hunger als äußeren Feind in Deutschland niedergebunden. Inzwischen hat sich aber ein neuer Feind im eigenen Lande breit gemacht, dessen Gefährlichkeit von Tag zu Tag wächst. Das ist der Lebensmittelmangel, der am Mark des Volkes adert. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es genügt nicht, die zur Volksernährung nötigen Mittel herzustellen und einzukaufen, sondern es ist, die Lebensmittel dem konsumierenden Volke zu erschwinglichen Preisen zugänglich zu machen. (Sehr wahr!) Die Höchstpreise sind viel zu hoch und die Höchstpreise sind im Verhältnis noch höher als die Getreidepreise, da für Mehl nicht einmal Höchstpreise festgelegt sind. Diese Preissteigerungen sind nicht mit der Steigerung der Produktionskosten zu rechtfertigen, denn das Getreide, das wir jetzt verzehren, ist schon unter ganz normalen Verhältnissen im Frühen geerntet worden. Der Erfolg der Preisstreiter ist namentlich den Großmühlern zuzuschreiben, besonders schwer empfunden werden die Preisstreitereien beim Brotgetreide. Die jetzt eingetretenen Preissteigerungen sind ganz unzureichend. Noch schlimmer steht es mit den Kartoffeln, die jetzt zu Laubenden von Zentnern dem Verbraucher ausgesetzt sind aus Mangel an Abnehmern. Die Preisstreiter sind den Spänen des Schlachtfleisches gleichzustellen. Wir müssen auch für Fleisch mächtige Höchstpreise und eventuell noch Ankauf des Preises feststellen und einhalten, damit nicht nur der Fleischgenießer sondern der größere Bortenmannoat. Man spricht immer von Durchhalten, der Burgfrieden darf aber nicht dazu dienen, daß gewissenlose Profitjäger aus der Not des Volkes Gold münzen. Für eine Durchführung des Krieges bis zur Verwirklichung der bestehenden Ankerionspläne ist der große Mehrheit des Volkes nicht zu haben. Wäre die Regierung keine Gelegenheit veräumen, die sie hat, um zu einem allgemeinen Friedensschluß zu gelangen. Das deutsche Volk will keine Eroberungen, keine Ankerion, es will den Frieden, einen Frieden ohne Demütigung und ohne Vergeltung anderer Völker! (Beifall bei den Soz.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Delbrück: In einem Punkte stimme ich mit dem Redner überein, daß ein Krieg, wie wir ihn jetzt aufgedrungen haben, zu bestehen haben, ein Unglück ist. Der Krieg legt jedem Einzelnen vorher auf, die nur in Frieden gebildet werden können, wenn wir alle zusammenhalten. Wir wollen durchhalten. Das wird uns aber erleichtert, wenn die Einzelnen sich befleißigen

den und sich Vorwürfe machen wie He der Vorredner anderen (Stimmen des Volkes gemacht hat. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ich kann beschreiben, daß, wenn wir Sie angriffen, Sie auch einen Minister anpreisen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir sind erfüllt bemüht, den Anforderungen einer billigen Volksernährung Rechnung zu tragen. Entsprechend der Organisation unseres Wirtschaftslebens müssen die Höchstpreise im richtigen Verhältnis stehen zur Möglichkeit der Beschaffung und zu den Produktionskosten. Es ist ein Verstum anzunehmen, daß dieser Krieg ohne Einfluß auf die Produktionskosten unserer Landwirtschaft gewesen ist. Die besten Arbeitskräfte und Erde sind für vor der Ernte entzogen worden. Wir können den Krieg nicht zu Ende führen, wenn die Landwirtschaft nicht in den Stand gesetzt wird, genügend Brotgetreide und Fleisch herzubringen. Beweis für Höchstpreise nur dann wirksam, wenn eine Beschlagnahme nebenher gehen kann. Diese Beschlagnahme liegt aber bei den Kartoffeln nicht durchzuführen. (Zuruf des Abg. Braun: Die Kartoffeln sind nicht erlaubt! Neben rechts: Zuruf: Unglaublich!) Dasselbe gilt vom Fleisch. Hier würden wir bei der Festsetzung von Höchstpreisen auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Eine Anknüpfung bei den verbündeten Regierungen, um über diese Frage wirksame Mittel vorzuschlagen, ist negativ verlaufen. Wir freuen uns, daß man gerade auf der rechten Seite des Hauses diesem unserem Bestreben Verständnis entgegenbringt. Wir sollten einmütig alle an einem Strang ziehen. (Zuruf bei den Soz.: An welschen Stränge? Allgemeine Unruhe.) Wir wollen den Krieg zu beenden, doch wir ihn nicht noch einmal zu führen brauchen. Dieses Ziel sollten Sie mit uns verfolgen, wenn Sie ein Verständnis für die großen Bedürfnisse des Vaterlandes haben. (Lebhafter, andauernder Beifall. Zwischenrufe der Sozialdemokraten. Erneuter, lebhafter Beifall.)

Abg. Keiner (Soz.): Die Vorwürfe des Abg. Braun richten sich gegen diejenigen, die die gegenwärtige Lage ausrichten, um sich zu bereichern, ohne daß die Regierung eingeschaltet ist. Der Ausbau der Konjunktur ist ein wichtiges Mittel, um die Bevölkerung unserer Arbeiter für die Abwehr unserer Feinde zu erhöhen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. d. Osten (Konf.): Wenn bei der Kartoffelvermehrung Mißstände zutage getreten sind, so sollte man unteruchen, ob sie nicht durch die Natur selbst verursacht worden sind. Die Störungen im Eisenbahnverkehr und der langandauernde Frost haben es nicht ermöglicht, die Kartoffel rechtzeitig heranzuführen. Ich halte es für einen großen Sieg unserer Wirtschaftspolitik, daß wir jetzt einen großen Überfluß an Kartoffeln haben. Die Verwertung der Kartoffel ist in geordnete Wege geleitet, daß in kurzer Frist die noch vorhandenen Vorräte entleert in Dauerware überführt und in anderer Form für unsere Volkswirtschaft von Nutzen sein können. Wir haben berechtigte Ursache, stolz auf die Leistungen aller unserer Berufe zu bilden. Wir müssen den Gedanken zurückweisen, als hätte irgend ein Stand seine Interessen über die der Allgemeinheit gestellt. (Sehr richtig und Beifall.) Darin liegt das große, das alle Stände, alle einzelnen Mensch, ganz wesentlich dem großen Gedanken des Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Frhr. v. Bellis (Freisinn.): Die Rede des Abg. Braun erinnerte auch an die Kumbgebungen von Saale, Stauffisch und Bertein in der Leipziger Volkszeitung. Wenn nach deren Ideen verfahren worden wäre, dann wären die Kassen längst in Berlin. (Unruhe und Unterbrechungen bei d. Soz.) Wir haben nicht Mühsüßigkeit zu nehmen auf andere Völker, sondern ausschließlich auf die Interessen des Vaterlandes. (Lebhafter Beifall rechts, Pfiffen bei den Soz.)

Abg. Bernke (Str.): Wir sollten zusammenarbeiten, ohne solche Disharmonien. (Zuruf des Abg. Liebknecht: Kapitalistische Interessen. Gelächter rechts und im Zentrum. Erneute Zwischenrufe der Sozialdemokraten. Vizepräsident Dr. Brauns hat, solche lauten Zwischenrufe zu unterlassen. Abg. Stroebel wird wegen wiederholter Zwischenrufe zur Ordnung gerufen.) Wir haben in der Kommission weniger kritisiert an den, was in der Vergangenheit geschehen ist, sondern beraten aufgrund unserer Erfahrungen, wie es in Zukunft besser werden soll. In der ganzen Welt sind die Preise gestiegen. (Beifall.)

Abg. Bahmann (Nat.): Unter die Worte des sozialdemokratischen Redners könnte man die Worte als Motta legen: Nichts gelernt und nichts begriffen. Wenn der Abg. Braun von Ankerionspolitikern sprach, so ist dies eine schamlose Verächtlichkeit derer, die den Krieg nicht ohne eine Vergrößerung des Deutschen Reiches beenden sehen wollen. (Wiederholte erneute Zwischenrufe der Abg. Liebknecht und Stroebel.) Der Abg. Liebknecht wird vom Vizepräsidenten Dr. Brauns zur Ordnung gerufen.) Wir werden uns die Stellung in der Welt erobern, die uns gebührt. (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag des Abg. v. Rosenheim (Konf.) wurde die Debatte geschlossen. Es folgten persönliche Bemerkungen der Abg. Stroebel (Soz.) und Braun (Soz.).

In seinem Schlusswort führte der Vorsitzende der Budgetkommission Abg. Wandler (Konf.) aus: Heute wissen wir mit absoluter Sicherheit, daß wir den uns aufgegebenen Kampf auch wirtschaftlich bestehen können. Wir begründen es darauf, daß der Vizepräsident des Staatsministeriums in Aussicht gestellt hat, daß die Regierung bereit ist, die Anregungen entgegenzunehmen, die die Kommission in den Anträgen niedergelegt hat. Wir hoffen, daß das in möglichst weitgehendem Maße geschehen kann. Landwirtschaft und Industrie, die beiden Säulen unserer Nation, werden aus der Not dieser schweren Zeit großen Segen für die Zukunft erfahren. Der Krieg hat die Überlegenheit unserer Industrie über die englische bewiesen. Sie hat unsern ganzen Kriegsbedarf erzeugt, das kann die englische Industrie in ihrem Lande nicht tun. Die Aufhebung der Höchstpreisen über die Waalgarantien, die beim Friedensschluß erlittet werden müssen, haben das gesamte Volk ermutigt und ihm neue Zuversicht gegeben. (Zuruf des Abg. Liebknecht: Das Gegenteil ist der Fall! Stürmische Zurufe rechts.) Wer das leugnet, stellt sich außerhalb des Volkes. (Erneute Zurufe des Abg. Liebknecht. Glorreiche Zwischenrufe.) Wir müssen den Kampf durchhalten, bis dieser Frieden erreicht ist. (Lebhafter Beifall.)

Die Anträge der Kommission wurden angenommen. Abg. Frhr. v. Bellis (Freisinn.) sprach dem Präsidenten für seine Tätigkeit den Dank des Hauses aus, besonders auch dafür, daß er den Gefühlen seiner Vaterlandsliebe, die

